

# «Es gibt Druck, dass sich all e Staaten beteiligen»

**Aussenminister Ignazio Cassis** Die Schweiz sucht nach Wegen, wie die 7,5 Milliarden Franken von reichen Russen und das bei uns liegende Geld des russischen Staats für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden könnten. Dafür braucht es wohl eine Volksabstimmung.

**Nina Fargahi**  
und **Arthur Rutishauser**  
**Herr Cassis, in Davos wird die Möglichkeit diskutiert, die russischen Vermögen, die überall auf der Welt verteilt sind, für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Es geht um grosse Summen: In der Schweiz spricht man von rund 200 Milliarden Franken Vermögen, die Russen hier hätten. Davon sind rund 50 Milliarden bei den Banken. Eingefroren sind aber bisher nur 7,5 Milliarden. Franken. Um wie viel geht es bei den nun diskutierten Massnahmen?**

Weltweit wurden Dutzende Milliarden Franken von sanktionierten russischen Vermögenswerten gefunden. Die Inhaber dieser Gelder stehen nicht umsonst auf der Sanktionsliste, sie sind mit dem Kreml in der einen oder anderen Form verhandelt. Bei uns geht es um rund 7,5 Milliarden, die aufgrund der EU-Sanktionen, die wir übernommen haben, gesperrt wurden. Aber viele vermögende Bürger Russlands sind nicht sanktioniert, und darum sind ihre Vermögen auch nicht betroffen.

**Können denn die 7,5 Milliarden einfach so konfisziert und der Ukraine für den Wiederaufbau gegeben werden?**

Auf internationaler Ebene wird diskutiert, ob das eine mögliche Finanzierungsquelle für den Wiederaufbau sein könnte. Aber: Das muss rechtsstaatlich korrekt gemacht werden. Die 7,5 Milliarden können wir gemäss heutigem Recht nur einfrieren, aber den Betroffenen

nicht wegnehmen.

**Was bedeutet das?**

Das heisst, die eingefrorenen Vermögen bleiben im Eigentum der Person und dürfen daher nicht verwendet oder bewegt werden. Bedenken Sie, das Recht auf Eigentum ist ein Menschenrecht und daher geschützt, nicht zuletzt auch in unserer Verfassung. Möchte man diese Gelder an die Ukraine geben, braucht es entsprechende völkerrechtliche und nationale Rechtsanpassungen.

**Um welche Änderungen handelt es sich dabei?**

Fachleute von der Arbeitsgruppe «Freeze and Seize», die auch in Arbeitsgruppen der EU mitwirken, sind derzeit daran, Handlungsoptionen zu eruieren. Diese müssen sehr sorgfältig und genau geprüft werden.

**Es gibt ja noch andere Komplikationen. Nehmen wir den Milliardär Viktor Vekselberg, der Hauptaktionär von Sulzer und OC Oerlikon ist.**

**In den USA steht er auf der Sanktionsliste, aber bei uns nicht. Ist sein Vermögen auch betroffen?**

Nein. Es gibt tatsächlich Leute, die in den USA sanktioniert sind, aber nicht in der EU und umgekehrt. Die Kriterien sind etwas unterschiedlich. Wir haben aber nur die EU-Sanktionen nachgezogen, und darum gelten in der Schweiz auch nur diese.

**Ist es vorstellbar, dass man eine Art Kriegssteuer einrichtet – dass also vermögende Russinnen und Russen hierzulande über**

**die Steuern einen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leisten?**

Jetzt braucht es Vorschläge der Fachleute. Sie sind seit Monaten am Werk. Was mir besonders wichtig ist: Wir müssen rechtsstaatlich handeln.

**Das geht aber lange vielleicht zu lange?**

Wir können nicht einfach Geld nehmen, das uns nicht gehört, weil wir es für moralisch richtig erachten. Das Eigentumsrecht ist bei uns nicht ohne Grund stark geschützt. Es geht darum, die richtigen Mechanismen zu finden, damit nicht grössere Nebenwirkungen auftreten als die beabsichtigte Hauptwirkung – fast so wie in der Medizin. Es muss in der internationalen Rechtsordnung eine Lösung gefunden werden, die chirurgisch genug ist, um zu wirken, aber ohne zu grosse Nebenwirkungen.

**Sind Sie zuversichtlich dass das gelingt?**

Ich spüre, dass es auf internationaler Ebene einen grossen gemeinsamen politischen Willen gibt. Die Frage ist: Wird dieser Wille auch noch so stark sein, wenn die Staaten konkreter werden müssen? Oder wird es Opposition geben, weil die Menschen befürchten: Das könnte eines Tages auch sie selbst betreffen. Gesetze sind abstrakte Normen, die eine grosse Tragweite haben. Das merkt im Moment Kanada, das vorangehen will, aber noch mit vielen offenen Fragen konfrontiert ist.

**Der grösste Teil der eingefrorenen 7,5 Milliarden ist von Privatpersonen. Daneben gibt es aber auch Gelder des russischen Staats, die bei uns liegen. Was ist damit?**

Das ist rechtlich eine andere Geschichte. Diese Vermögen sind anders geschützt als die privaten. Dafür gibt es besondere internationale Rechtsbestimmungen. Die Arbeitsgruppe «Freeze and Seize» schaut auch dieses Thema an.

**«Wir können nicht einfach Geld nehmen, das uns nicht gehört, weil wir es für moralisch richtig erachten.»**

**Im Moment ist eher von den privaten Vermögen die Rede. Verstehen wir es richtig, wenn wir sagen, dass die Vermögen des russischen Staates weniger prioritär sind?**

Es wird beides geprüft.

**Nochmals, kann die Ukraine so lange ausharren, bis alles geklärt ist?**

Das weiss niemand. Der Wiederaufbau ist aber auch keine Sache von sechs oder zwölf Monaten, sondern ein Generationenprojekt.

**Gibt es internationalen Druck auf die Schweiz, sich an der Enteignung von russischen Vermögen zu beteiligen?**

Es gibt schon internationalen Druck, dass sich alle Staaten daran beteiligen, also auch wir. Wenn wir ernsthaft beim Wiederaufbau der Ukraine helfen wollen, müssen wir uns überlegen, wie wir das finanzieren wollen. Aber in der Schweiz bräuchte es grössere Rechtsanpassungen, bei denen wahrscheinlich das Volk das letzte Wort hätte. In anderen Ländern kann es das Parlament entscheiden. Aber überall ist klar: Das ist eine Entscheidung von grosser Tragweite.

**Für den Schweizer Finanzplatz, den sichersten Hafen für Geld aus aller Welt, wäre so eine Entscheidung ein Dambruch.**

Die Sache ist ernst. Nochmals: Das Eigentumsrecht ist ein hohes Gut, es steht in der Charta der Menschenrechte. Es ist genauso wichtig wie die Meinungsfreiheit. Beides kann man theoretisch auch kippen, aber man muss sich überlegen, wie man das macht, ohne ins Mittelalter zurückzufallen.

**In Davos geht es auch um die bilateralen Verhandlungen mit der EU: Sie haben den schwedischen Aussenminister Tobias Billström zum gemeinsamen Fondueessen getroffen. Schweden hat derzeit den EU-Vorsitz. Gab es**

**auch politische Ergebnisse aus diesem Treffen?**

Ja, Herr Billström hat mich formell eingeladen für den informellen Teil der nächsten EU-Rats-Sitzung der EU-Aussen- und -Verteidigungsminister. So etwas gab es noch nie. Bundesrätin Viola Amherd kommt auch mit. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal, dass die EU uns dabei haben möchte, auch wenn es ein informelles Treffen ist.

**Ist es absehbar, dass wir bald vom informellen Status zu formellen Verhandlungen übergehen?**

Das ist das Ziel. Heute findet in Brüssel eine nächste Sondierungsrunde statt. Es geht also vorwärts. Aber es gibt immer noch offene Punkte, die wir klären müssen.

**Waren die Diskussionen über die Stromknappheit vielleicht ein Katalysator? Immerhin haben wir im Herbst Deutschland mit massiven Lieferungen geholfen, einen Engpass zu vermeiden.**

Der Krieg hat in verschiedenen Bereichen dazu geführt, dass wir in Europa näher aneinandergedrückt sind. Wir müssen die Reihen schliessen auf unserem Kontinent, um weiterhin stark zu bleiben in einer zunehmend fragmentierten Welt.



Aussenminister Ignazio Cassis (links) leitet am WEF ein Treffen, bei dem es um den Wiederaufbau der Ukraine geht. Per Video zugeschaltet ist der ukrainische Regierungschef Denis Schmyhal. Foto: Laurent Gilibert (KeyStone)